

Institut: Schuldenfinanzierung des Gesundheitsfonds ist ein ungedeckter Scheck

Der Schätzerkreis erwartet durch die Rezession einen Beitragsausfall in der GKV von mindestens drei Milliarden Euro im diesem Jahr. Obwohl die Forderungen nach rettenden Steuergeldern immer lauter werden, warnt das Institut für Mikrodaten-Analyse (IfMDA) jetzt vor diesem Schritt. „Wie die nächste Steuerschätzung zeigen wird, werden die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen 2009 stark einbrechen, voraussichtlich im deutlich zweistelligen Bereich“, erläutert Institutsleiter Dr. Thomas Drabinski.



Drabinski: "Es stehen keine freien Steuermittel zur Verfügung."

2009 stünden somit keine freien Steuermittel zur Finanzierung der Gesundheitsfonds zur Verfügung. Allerdings sei für 2009 vorgesehen, dem Gesundheitsfonds Steuermittel in Höhe von rund zehn Milliarden Euro bereitzustellen, davon sechs Milliarden Euro rezessionsbedingt. „Da freie Steuermittel derzeit nicht verfügbar sind, ist eine Gegenfinanzierung der Beitragsausfälle nur durch die Aufnahme neuer Staatsschulden möglich. Da die neuen Staatsschulden inklusive Zinslasten primär von den nachwachsenden Generationen finanziert werden müssen, verstößt die Finanzierung des Gesundheitsfonds über Staatsschulden gegen das Prinzip der Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit war ursprünglich eines der Ziele der Gesundheitsreform“, moniert Drabinski

Die Schuldenfinanzierung des Gesundheitsfonds sei ein ungedeckter Scheck. „Hinzu kommt, dass sich die Umstellungsmehrkosten auf den Gesundheitsfonds auf mehrere Milliarden Euro belaufen. Der Gesundheitsfonds ist auf Pump finanziert, was in der Rezession nur durch Verschuldung des Gesundheitsfonds aufgefangen werden kann. Deshalb kann der Gesundheitsfonds auch kein Schutzschirm für die Krankenkassen sein, wie vom Bundesministerium für Gesundheit behauptet.“

Im Gegenteil würden die akkumulierten Schuldenlasten ab 2010 für die GKV nicht mehr auflösbar sein. „Der vermeintliche Schutzschirm ist vielmehr ein Fallstrick, der den Weg in die Einheitskrankenkasse und in die rationierte Staatsmedizin ebnet.“ Hätten die Krankenkassen hingegen auch heute noch die Möglichkeit, ihre Beitragssätze selbst festzulegen, könnten die Rezessionsprobleme aus Perspektive der Krankenkassen effizienter und flexibler individuell gelöst werden. Aus diesem Grund schlägt Drabinski vor: „Der Gesundheitsfonds und dessen Verteilungsmechanismus sollten umgehend und für den Zeitraum der Rezession – bis voraussichtlich Ende 2010 – auf den Rechtsstand vom 31.12.2008 gesetzt werden, damit die Krankenkassen die Rezession erfolgreich bewältigen können. Nur so kann verhindert werden, dass der Gesundheitsfonds in die Schuldenfalle läuft.“